

**Antwort des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst**

In der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 22. Januar 2014 hat der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, über die Entscheidung der Staatsregierung informiert, keinen Auftrag für eine historisch-kritische Ausgabe von „Mein Kampf“ zu erteilen und insofern auch keine internationale Expertenkommission einzusetzen. Das Institut für Zeitgeschichte wird eine Edition im Rahmen seiner Wissenschaftsfreiheit in Eigenverantwortung erarbeiten. Dem Institut stehen hierfür Mittel zur Verfügung, allerdings nicht aus einer Förderung für dieses Projekt aus Projektmitteln des Freistaats Bayern, sondern durch Umschichtung aus anderen Forschungsbereichen. Ebenfalls in der o.g. Ausschusssitzung am 22. Januar 2014 wurde durch den Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle ein Dialog über den Umgang mit der Problematik in Aussicht gestellt. Die Gründe der Staatsregierung, hier mit Blick auf die besondere Betroffenheit der Holocaust-Opfer und ihrer Angehörigen, auf einen Auftrag an das Institut für Zeitgeschichte zu verzichten, spielen dabei eine zentrale Rolle. Über die Frage, wie mit Veröffentlichungen von „Mein Kampf“ nach Auslaufen des Urheberrechts umgegangen werden soll, hat sich die Staatsregierung eine abschließende Meinung gebildet. Alle unkommentierten oder nicht im Einzelfall nachweisbar von der Wissenschaftsfreiheit geschützten Nachdrucke sind innerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland auf Strafbarkeit wegen Volksverhetzung zu prüfen und ggf. zu untersagen. Soweit der Schutz der Wissenschaftsfreiheit im Sinne des Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) greift, ist eine historisch-kritische, wissenschaftlich kommentierte Ausgabe zulässig; im Zweifel ist auch dies von der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft zu prüfen, eine Kommission ist auch insofern entbehrlich. Soweit es um die Art und Weise der Ausgestaltung und Veröffentlichung einer historisch-kritischen Ausgabe geht, wäre eine Expertenkommission aus wissenschaftlicher Sicht hilfreich und könnte vom Institut für Zeitgeschichte in eigener Zuständigkeit und unter selbstständiger Betreuung und Organisation implementiert werden.

21. Abgeordneter  
**Dr. Sepp  
Dürr**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Nachdem die Staatsregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage vom 12. Dezember 2013 zum „Münchner Kunstfund: Aufklärung und Konsequenzen“ (Drs. 17/545) die Frage nach den Vorteilen eines Kunstrückgaberechts, „ähnlich dem Österreichs, aber mit Einschluss von Regelungen für kommunale und private Sammlungen und des Kunsthandels“, im Vergleich zur bestehenden Rechtslage nur unvollständig beantwortet hat, frage ich die Staatsregierung, ob eine gesetzliche Regelung für die ursprünglichen Eigentümer nicht eine verlässlichere Grundlage bietet als die Washingtoner Erklärung, die nach den Worten des Staatsministers der Justiz, Dr. Winfried Bausback, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen ein „soft law“, also eine staatliche Selbstverpflichtung begründet, ob die deutlich größeren Anstrengungen und Erfolge der österreichischen staatlichen Sammlungen nicht gerade Folge der verbesserten Grundlagen eines solchen Kunstrückgaberechts sind, und ob ein Kunstrückgaberecht, das auch gesetzliche Regelungen für kommunale und private Sammlungen und den Kunsthandel träge, im Unterschied zur bestehenden Rechtslage nicht Verbesserungen bringen könnte?

**Antwort des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Die Beantwortung erfolgt in Absprache mit dem Staatsministerium der Justiz:

Wie bereits in der Antwort vom 29. Januar 2014 (Drs. 17/545) zur Schriftlichen Anfrage vom 12. Dezember 2013 dargelegt, sieht die Staatsregierung keine wesentliche Abweichung der Rechtslage in Bayern gegenüber dem Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen und sonstigem beweglichen Kulturgut aus den österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen und aus dem sonstigen Bundeseigentum (Kunstrückgabegesetz — KRG). Ob bei den österreichischen staatlichen Sammlungen größere Anstrengungen und Erfolge zu verzeichnen sind, vermag die Staatsregierung mangels entsprechender Informationen nicht zu beurteilen. Die Staatsregierung vertritt die Ansicht, dass die Schaffung eines – über die Rechtslage in Österreich hinausgehenden – Rechtsanspruches auf Herausgabe von Kunstwerken für NS-Verfolgte gegenüber den staatlichen bayerischen Museen keine verbesserte Situation schaffen würde, da sich die Staatsregierung an die Washingtoner Erklärung gebunden fühlt und entsprechend dieser Erklärung handelt. Ob eine weitergehende gesetzliche Regelung für kommunale und private Sammlungen und den Kunsthandel möglich ist, ist am Maßstab des Grundgesetzes und insbesondere am Rückwirkungsverbot zu messen. Die gesetzgeberische Kompetenz hierfür liegt beim Bund.

22. Abgeordneter  
**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie werden gegenwärtig Tätigkeiten von Lehrkräften, die außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden (wie Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Vorbereitung und Korrektur von Klassenarbeiten, Klausuren und ähnlichen Leistungsnachweisen, Konferenzen, Klassenfahrten, Eltern- und Schülergespräche, Beteiligung an Ganztagsbetreuung, Essensausgabe) jeweils bewertet, wie wirken sie sich somit auf die Unterrichtspflichtzeiten der verschiedenen Lehrkräfte aus und wie viele Zeiteinheiten davon setzen eine Präsenz der Lehrkräfte außerhalb des Unterrichts an der Schule voraus?

**Antwort des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Die Pflichtstundenregelung ist in die allgemeine beamtenrechtliche Arbeitszeitregelung eingebettet. Dabei trägt sie aber dem besonderen Umstand Rechnung, dass die Arbeitszeit der Lehrer nur hinsichtlich der Unterrichtsstunden genau messbar ist, während sie hinsichtlich des Zeitaufwandes für außerunterrichtliche Tätigkeiten, wie z.B. Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Elternbesprechungen, Konferenzen usw. nicht im Einzelnen in messbarer und überprüfbarer Form bestimmt, sondern nur grob pauschalierend geschätzt werden kann. Ein genauer Zeiteinsatz für einzelne außerunterrichtliche Tätigkeiten kann demzufolge nicht erfolgen. Maßgeblich ist bei der Bestimmung der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte – mit Rücksicht auf die unterrichtsfreien Zeiten – die jährliche Gesamtarbeitszeit.

Bei der Festlegung der Unterrichtspflichtzeiten wird auch den außerunterrichtlichen Tätigkeiten wie insbesondere der unterrichtsfachbezogenen Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und dem Korrekturaufwand Rechnung getragen. Die Frage, wie viele Zeiteinheiten der außerunterrichtlichen Tätigkeit eine Anwesenheit an der Schule voraussetzen, lässt sich nicht pauschal beantworten.